

Kurz gemeldet

ULM

Wegen des Kormorans: Großdemo der Fischer

Zu einer Großdemo auf dem Münsterplatz am Samstag, 20. März, ruft der Landesfischereiverband Baden-Württemberg auf. Erwartet werden Fischer und Teichwirte aus ganz Süddeutschland sowie aus Nachbarländern. Bei der Aktion handelt es sich um eine Gegendemonstration zum Artenschutzsymposium des Naturschutzbundes (NABU) und des Landesbunds für Vogelschutz (LBV), das am selben Tag auf dem Münsterplatz stattfindet. Die Fischer werfen den Naturschutzverbänden vor, den Kormoran – den Vogel des Jahres 2010 – unverhältnismäßig stark schützen zu wollen und so dazu beizutragen, dass sich die Tiere stark vermehren. Die wachsende Zahl der Kormorane sei ein Problem. Sie könne zum Aus für viele heimische Fischarten führen. Beginn der Demonstration ist um 15 Uhr. (az)

Polizeireport

ULM

Unbekannter greift in Tasche

Opfer eines Taschendiebs ist am Montag ein 49-Jähriger aus Ulm geworden. Während er sich zwischen 17 und 23 Uhr im Stadtgebiet Ulm aufhielt, trug er in seiner Tasche ein Handy und die Geldbörse. Das verleitete einen Taschendieb, der in einem günstigen Augenblick zugriff. Er erbeutete die Wertsachen und entkam unerkannt. (az)

BÖRSLINGEN

Zwei Schwerverletzte nach Unfall

Weil er eine Stopfstelle nicht beachtete, hat ein Autofahrer am Montagmorgen einen schweren Unfall im Alb-Donau-Kreis verursacht. Kurz vor 18 Uhr fuhr der 47-Jährige mit seinem BMW von Börslingen in Richtung Ballendorf. An einer Kreuzung missachtete er laut Polizei die Vorfahrt eines 49-Jährigen. Der war mit seinem Ford in Richtung Neenstetten unterwegs. Durch den heftigen Zusammenprall wurde der Ford in eine Wiese geschleudert. Beide Fahrer erlitten durch den Unfall schwere Verletzungen. An den Autos entstand Totalschaden. Den schätzt die Polizei auf rund 20.000 Euro. (az)

BLAUBEUREN

Einbrecher dringt in Einfamilienhaus ein

Am Montag ist ein unbekannter in ein Einfamilienhaus im Kreuzländerweg in Seifen (Alb-Donau-Kreis) eingebrochen. Die Hausbesitzer waren zwischen 7.30 und 15 Uhr weg. In dieser Zeit stieg ein Einbrecher über einen Lichtschacht ein. Er durchsuchte mehrere Räume nach Geld und fand mehrere Hundert Euro. Mit dieser Beute flüchtete er unerkannt. (az)

Treffe und Termine

ULM

SPD lädt zur „Zukunftswerkstatt“

In einer neuen Form des Dialoges lädt die SPD unter dem Motto „Mitdiskutieren – Mitmachen – Mitgestalten“ zu insgesamt vier Zukunftswerkstätten in den Ulmer Ratskeller ein. Dabei geht es um eine kritische Debatte mit möglichst vielen Partnern. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bürger als „Experten in eigener Sache“. Ihre Alltagserfahrungen sind der Maßstab, an dem neue politische Vorschläge erarbeitet werden sollen. Am ersten Termin, am Freitag, 19. März, geht es um „Arbeit – Innovation – Umwelt“. Es folgen „Gut und sicher leben“ am 23. April, „Bildung“ am 14. Mai und „Familie“ am 18. Juni. Beginn ist jeweils um 18.30 Uhr. (az)



Letzter Vorhang für „Eines schönen Tages“

Drei Vorstellungen im Roxy, dreimal volles Haus: Die Wiederaufnahme von „Eines schönen Tages“ war für die Lebenshilfe Donau-Iller ein Erfolg. In dem Stück spielen professionelle Schauspieler an der Seite von Menschen mit einer geistigen Behinderung. Zum Abschluss bekam das Team prominenten Besuch: Die bayerische Justizministerin Dr. Beate

Merk (im Bild Vierte von rechts) verfolgte begeistert das Stück und plauderte danach mit dem Ensemble. „Viel mehr Menschen sollten dieses Stück sehen“, betonte die CSU-Politikerin. Leider waren es voraussichtlich die letzten Vorstellungen von „Eines schönen Tages“, das seit seiner Premiere 2007 insgesamt sieben Mal aufgeführt wurde. Foto: Donau-Iller

Region will sich gegen Metropolen behaupten

Donau-Iller Studie „Perspektive 2030“ vorgestellt

Ulm Die grenzüberschreitende Region Donau-Iller hat gute Chancen, sich im Wettbewerb mit den Metropolregionen Stuttgart und München zu behaupten – wenn es ihr gelingt, die Kräfte zu bündeln und die Schwächen auszumergen. Dies ist der Tenor der Studie „Perspektive 2030“, die gestern im Regionalverband vorgestellt wurde.

„Andere Regionen schlafen nicht, sondern bilden schlagkräftige Verbände“, machte Tobias Koch von der Prognos AG den in der Uni-West versammelten Regionalpolitikern deutlich. Als Beispiel nannte er die Rhein-Neckar-Region, wo sich mit Unterstützung potenter Unternehmen wie BASF und SAP die Städte Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg schlagkräftig verbündet haben. Die Prognos AG hat seit November 2008 im Auftrag des Regionalverbands gemeinsam mit dem Institut für Unternehmensplanung der Universität Ulm die Region Donau-Iller unter die Lupe genommen, ihre Stärken und Schwächen analysiert und insgesamt 14 strategische Handlungsempfehlungen für die Zukunft formuliert.

Die Stärken der Region zwischen Ulm, Memmingen und Biberach liegen laut Studie vor allem im kräftigen Wirtschaftswachstum, das zwischen 1996 und 2007 – also noch vor

der aktuellen Krise – weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt lag. Auch bei der Bevölkerungsentwicklung zählt die Region zu den dynamischsten in Deutschland – allerdings flacht die Kurve bereits ab. Dennoch habe die Region aufgrund einer relativ hohen Geburtenrate und einer jungen Bevölkerung sowie durch Zuwanderungsgewinne gute Chancen, sich zwischen Stuttgart und München zu behaupten.

Als Schwächen haben die Prognos- und Uni-Forscher zum Teil fehlende Universitäts- und Hochschulangebote, Defizite in der Verkehrsinfrastruktur, aber auch den geringen Bekanntheitsgrad der Region als Wirtschaftsstandort ausgemacht. Auch gebe es in der Ulmer Wissenschaftsstadt keine hochkarätigen Forschungseinrichtungen wie

Fraunhofer-, Max-Planck- oder Helmholtz-Institute. Zumindest in diesem Punkt konnte Uni-Präsident Karl Joachim Ebeling gestern nach einem Telefonat mit dem Bundesforschungsministerium in Berlin Erfreuliches verkünden: Die Gründung eines Helmholtz-Instituts für Elektrochemie und Elektromobilität sei noch in diesem Jahr möglich.

Die Handlungsempfehlungen der Studie für die Zukunft reichen von der Bündelung der Wirtschaftsförderung und einem flächendeckenden Standortmarketing über den Ausbau der Studienplatzangebote und der Gründung einer Hochschule in Memmingen bis zur Einführung eines regionalen S-Bahn-Systems und der Erstellung eines Einzelhandelskonzepts.

Ulms OB Ivo Gönner appellierte gestern eindringlich an die Regionalpolitiker, zu einer gemeinsamen Strategie zu finden. „Die Sogwirkung der Metropolregionen Stuttgart und München wird brutal sein“, prophezeite Gönner, da komme es darauf an, sich listig wie ein gallisches Dorf besser zu verkaufen. Wie geht es nun weiter? Die Versammlungsversammlung beschloss gestern einstimmig, die Empfehlungen der Studie in Workshops weiter zu vertiefen und nach Prioritäten und Zuständigkeiten zu sortieren. (obe)

Der Regionalverband

● Der Regionalverband Donau-Iller umfasst das Oberzentrum Ulm/Neu-Ulm, die kreisfreie Stadt Memmingen sowie die Landkreise Alb-Donau, Biberach, Neu-Ulm, Günzburg und Unterallgäu. Seine Fläche ist ungefähr so groß wie das Saarland, er zählt knapp eine Million Einwohner.

Grüne fordern mehr Prävention

Glücksspiel Beratungsangebote für Süchtige sollen ausgeweitet werden

Ulm „Bericht zur Entwicklung der Vergnügungssteuer“ steht am morgigen Donnerstag auf der Tagesordnung des Hauptausschusses. Das nimmt die Fraktion der Grünen im Ulmer Gemeinderat zum Anlass, eine bessere Glücksspielprävention in Ulm zu fordern.

„Die Zunahme der Anzahl an Glücksspielgeräten um über 23 Prozent innerhalb des Jahres 2009 spricht eine deutliche Sprache“,

schreibt Stadtrat Michael Joukov. „Die Steuersätze der neuen Vergnügungssteuersatzung, seit 1. Januar 2009 in Kraft, sind zu niedrig, um präventiv zu wirken. Das gehört dringend geändert.“

Die Grünen fordern ein Vorgehen in zwei Bereichen: einerseits eine Erhöhung der Steuersätze auf mindestens 15 Prozent des Nettoergebnisses, andererseits die bereits 2006 geforderte Verstärkung der Bera-

atungsangebote gegen Spielsucht. Es sei für die Fraktion nicht nachvollziehbar, wieso die Verwaltung rechtliche Bedenken habe, einen Steuersatz einzuführen, der in 15 Städten in Baden-Württemberg rechtskräftig sei oder gar überboten werde.

Bei diesem Thema sei zwingend die Prävention in den Vordergrund zu stellen und nicht die Maximierung der Steuereinnahmen. Gerade die Sucht nach Spiel an Geldspielautomaten werde von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Vergleich zu anderen Glücksspielarten als besonders gefährlich eingeschätzt.

„Auch wenn diese Art von Abhängigkeit nicht leicht zu erkennen ist – sie ist ein ernsthaftes Problem für die Gesellschaft“, erklärt Michael Joukov. „Wir müssen handeln, anstatt jedes Mal zu jammern, wenn eine neue Spielothek genehmigt wird. Die Kommune hat keine Handhabe, sie zu verbieten, aber sie kann sie angemessen besteuern.“ (mru)

Mehr Geldspielgeräte

● Die Zahl der Geldspielgeräte in Spielhallen steigt in Ulm seit 2007 an. Parallel dazu ist auch die Zahl der Spielhallen gestiegen. Derzeit sind in Ulm 33 zugelassen. Unterhaltungsgeräte, bei denen es nichts zu gewinnen gibt, spielen heute kaum noch eine Rolle.

● Bis Ende 2008 wurde in Ulm die Vergnügungssteuer für Geldspielgeräte wie in anderen Kommunen pauschal nach der Anzahl der Auto-

maten in einer Spielhalle erhoben. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2009 wurde diese pauschale Besteuerung aufgehoben. Seit vorigem Jahr wird deshalb in Ulm das Nettoeinzelergebnis für die Steuer herangezogen. Seitdem sind die Einnahmen deutlich gestiegen. 2009 kassierte die Stadt 975.000 Euro Vergnügungssteuer – 235.000 Euro mehr als im Jahr davor.

Klares Signal für den Ausbau der Südbahn

Regionalverband Bund soll Geld für Strecke Ulm – Lindau bereitstellen

Ulm Der Regionalverband Donau-Iller zeigt Flagge für die Südbahn. Der Bund wird nachdrücklich aufgefordert, den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke von Ulm nach Lindau bei den künftigen Planungen weiterhin zu berücksichtigen und das dafür notwendige Geld zur Verfügung zu stellen. Das hat die Verbandsversammlung gestern in Ulm einstimmig beschlossen. Die Mitglieder wollen verhindern, dass der Ausbau der Strecke doch noch dem Rotstift zum Opfer fällt.

Zwar steht das Vorhaben sowohl im Bundesverkehrswegeplan unter „vordringlicher Bedarf“ als auch im Investitionsrahmenplan des Bundesverkehrsministeriums für die Jahre 2006 bis 2010. Doch derzeit findet die Überprüfung für einen neuen Fünfjahresplan statt. Die Ergebnisse sollen in den nächsten Monaten dem Verkehrsausschuss des

Bundestages vorgelegt werden. Angeblich sind bundesweit bis 2025 knapp zwei Dutzend Schienenprojekte nicht finanzierbar.

Gefährdet sind in erster Linie die Vorhaben, für die noch keine Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Bund und der Bahn abgeschlossen sind. Hiervon soll auch die in der Region seit Langem erhoffte Elektrifizierung der Südbahn Ulm – Friedrichshafen – Lindau betroffen sein.

Der Regionalverband betont, dass die Mitglieder des Interessenverbandes Südbahn die Kosten der Vorplanung in Höhe von 1,4 Millionen Euro aufgebracht hätten. Die Übernahme der Kosten für die anschließende Entwurfs- und Genehmigungsplanung durch das Land Baden-Württemberg wurde im November vorigen Jahres mit der Bahn vereinbart.

Damit sei die im derzeitigen Investitionsrahmenplan 2006–2010 enthaltene Vorfinanzierungsklausel erfüllt. Nun müsse der Bund das Vorhaben entsprechend im neuen Plan berücksichtigen und mit Finanzmitteln ausstatten, fordert der Regionalverband.

Die Gesamtkosten für das Projekt werden auf 196 Millionen Euro beziffert. Baubeginn soll Ende 2012 sein. Die Inbetriebnahme der ausgebauten Strecke soll Ende 2015 erfolgen. (mru)



Der Regionalverband Donau-Iller fordert den Ausbau der Südbahn. Foto: rfu

Wenn das Erdöl knapp wird

Energie Neues Bündnis fordert deutlich mehr nachhaltige Stromerzeugung für die Region

Ulm Seit einer Woche existiert in Ulm und Neu-Ulm das „Bündnis 100 Prozent Erneuerbare Energie“. Der eingetragene Verein hat es sich zum Ziel gemacht, für ein Umdenken in der Politik des Landkreises und bei den Menschen in der Region zu sorgen. Denn: Rohstoffe wie Erdöl und Kohle werden immer knapper. Ein Problem, das durch Strom aus Sonne, Wind und Wasser gelöst werden könnte.

Die Herstellung von Energie stützt sich zurzeit hauptsächlich auf Kernkraft, Kohle und Erdöl. Das Bündnis wartet vor der Abhängigkeit von diesen Methoden. Insbesondere vom Erdöl, dessen Preise immer weiter steigen.

Das Bündnis will erreichen, dass die Landkreise Neu-Ulm und Alb-Donau sowie die Stadt Ulm verstärkt auf erneuerbare Energien setzen. Am besten zu 100 Prozent.

„Wir können jetzt schon etwas tun, oder warten bis wir dazu gezwungen sind“, sagt Ansgar Innig zur aktuellen Situation. Er und sein Vorstandskollege Roland Fuchs wollen sich für den Komplettumstieg auf Energie aus Sonne, Wind und Wasser in der Region einsetzen.

Vorbild ist dabei der Kreis Fürstentum. Bis zum Jahr 2030 will der bayerische Landkreis voll und ganz auf Energie aus der Natur umstellen. Genau das wollen Fuchs und Innig für die Region Ulm/Neu-Ulm auch erreichen. (jse)

Am Donnerstag, 18. März, um 19.30 Uhr, präsentiert sich das Bündnis der Öffentlichkeit beim Kinostart des Films „Die 4. Revolution“ im Dietrich-Theater. Der Film beschäftigt sich genau mit den Problemen, die das „Bündnis 100 Prozent Erneuerbare Energie“ schon erkannt hat und in den nächsten Jahren lösen will.



Martin Jilge neuer Vorstandssprecher

Die Ulmer und Neu-Ulmer Wirtschaftsjunioren wachsen immer mehr zusammen. Bei der Mitgliederversammlung der Ulmer Vereinigung von jungen Unternehmern und Führungskräften betonte der scheidende Vorstandssprecher Tobias Edelmann, dass bereits knapp ein Viertel der geplanten Veranstaltungen gemeinsam organisiert werden. Auf dem Foto das neu gewählte Führungsteam der Ulmer Wirtschaftsjunioren: Martin Jilge, Tobias Edelmann, Anne Kristin Baumgärtel, Mike Fiedler, Markus Hander sowie der Geschäftsführerin Lis-Marie Ziegler. Das Amt des Vorstandssprechers ging turnusmäßig von Tobias Edelmann auf Martin Jilge über. Foto: privat